Silke Satjukow

Besatzer

»Die Russen« in Deutschland 1945 – 1994

Vandenhoeck & Ruprecht

Silke Satjukow, Besatzer

V&R

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

Silke Satjukow

Besatzer

»Die Russen« in Deutschland 1945–1994

Vandenhoeck & Ruprecht

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN: 978-3-525-36380-5

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Umschlagabbildung: Marsch einer in Dresden stationierten Einheit anlässlich der »Woche der Waffenbrüderschaft« (Februar 1973).
Quelle: Bundesarchiv Koblenz (BArch, Bild 183-MO225-0005).

Mit 6 Abbildungen und 10 Tabellen

© 2008 Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen / www.v-r.de
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne vorherige schriftliche Einwilligung des Verlages öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies gilt auch bei einer entsprechenden Nutzung für Lehr- und Unterrichtszwecke.
Printed in Germany.
Satz: Daniela Weiland, Göttingen
Druck und Bindung: ♾ Hubert & Co, Göttingen

Gedruckt auf alterungsbeständiges Papier.

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

Inhalt

1. Der Abzug 9
Abschied unter Freunden? 11
Affront in Dresden 12
Abschied aus Berlin 14
Ankunft in Moskau 18

Politische Chronik des Abzugs 19
Forderungen und Herausforderungen 20
Alltag des Abzugs 22
Zwischen den Fronten 23
Nachrufe 25

Fragehorizonte 27

2. Die Zeit der Besetzung: Vom Kriegsende bis 1961 33
2.1 »Die Russen kommen …« 35
Das sowjetische Bild von »den Deutschen« im Zweiten Weltkrieg 36
Das deutsche Bild von »den Russen« 41

2.2 »Die Russen sind da …« 43
Erste Begegnungen zwischen Rotarmisten und deutschen Zivilisten 43
Machtübernahme durch die Besatzer 48
Besatzungsalltag der ersten Jahre 51
Perestroika 1947 60
Fundamente künftiger Begegnungen 63
Der Mythos der »Befreiung« – Unvollständige Lossprechungen . . 64

2.3 Der Volksaufstand von 1953 68
Stalins Tod 68
Tage im Juni 1953 70

2.4 Das Stationierungsabkommen von 1957 75
Der Stationierungskodex 77
Die Gemischte Deutsch-Sowjetische Kommission 79

2.5 Die Definition der Grenzen: Der Mauerbau 1961 80

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

3. Die Zeit der »Besatzung«: Vom Mauerbau bis zum Abzug 1994 85
3.1 Die »Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland« 87
3.1.1 Infrastrukturen und Inbesitznahmen 87
Personalstärken 87
Topographien 88
Standorte 95
Kosten der Besatzung 103
Bilanzen 108
3.1.2 Alltag in der Kaserne 110
Die GSSD aus der Binnenperspektive 110
Traditionen der »Kameradenschinderei«:
Die Dedowschtschina 120
In Klausur: Blicke über die Mauern 125
Geheimdienste auf Grenzposten 133
Blicke hinter die Zäune und Mauern 137
3.1.3 Flucht und Fahndung 140
Eigenmächtiges Entfernen oder Fahnenflucht? 140
Blindgänge 157
3.1.4 Tod und Bestattung 160
Tod hinter Kasernenmauern 160
Bestattungen 167
Sacrosanctitas 173
Im Dienst der Toten – der Dienst der Toten 174

3.2 (Un-)Freiwillige Nachbarschaften 177
3.2.1 Der Vertrag von Warschau 177
»Oktobersturm« im Raum Thüringen 179
Stiefbrüder in Waffen 189
3.2.2 Netzwerke gemeinsamen Wirtschaftens 190
VEB Spezialhandel Leipzig 190
VEB Spezialbau Potsdam 194
Obskure Wirtschaftsweisen 202
Arbeitskräfte en masse 213
Bilanzen 226
3.2.3 Straftaten und Strafverfolgung 228
Theorie und Praxis 228
Straftaten und Strafverfolgung in den sechziger und
siebziger Jahren 231
Die achtziger Jahre: Perestroika in der Strafverfolgung? . . . 237
Straftaten zum Nachteil von Angehörigen der GSSD 237

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

Straftaten zum Nachteil von DDR-Bürgern 239
Vergehen und Verbrechen – eine Tour d'horizon 248
Rechtshilfe in Besatzermanier 269

3.2.4 Umweltfrevel 270
Gefährliche Händel – gefährlicher Handel 270
Formen der Schadensabwicklung 279
Besatzungsrealität zwischen Gesetz und Gesetzlosigkeit . . . 283

3.2.5 Liebes-Verhältnisse 284
Deutsch-sowjetische Ehegemeinschaften 285
Deutsch-sowjetische Kinder 292
»Vater unbekannt« 296

3.3 Eine geheime Bestandsaufnahme der Besatzung 299
Die Keßler-Kommission: Sapere aude – sapere time! 299
Nomen non est omen 305

4. Besatzer und Besetzte – Theoretische Erklärungsansätze 307

Entgrenzungen und Grenzziehungen 309

Kompromissformeln und Kompromissformen 311
Wiederkehrende Grenzziehungen 315
Generationenspezifische Annäherungen und Distanzierungen . . 316

Der Schlussakkord: Die »zweite Befreiung« 327

Besatzungs-Bilanzen 329

Anmerkungen 335
Abkürzungen 376
Verzeichnis der Archive 377
Literaturverzeichnis 378
Bildnachweis 406

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

1

Der Abzug

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

Abb. 1: Szenerie des Abzugs: Wachsoldat der russischen Streitkräfte im Januar 1994

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

Am 9. September 1994 war die vertragsgemäße Präsenz der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland beendet.

Schon Ende Juni hatte die letzte Eisenbahnfähre Mukran in Richtung Klaipeda verlassen. Am 1. September rollte der letzte Militärtransport aus dem Bahnhof Berlin-Lichtenberg und eine Woche später stieg auch das Nachkommando des Stabes der Westgruppe auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld in das letzte Flugzeug gen Heimat.

Abschied unter Freunden?

Zu den ersten abrückenden Armeen zählte die 8. Gardearmee, die 1945 nach Berlin gekommen und während fast fünf Jahrzehnten in Thüringen stationiert gewesen war. An einem Sonntag im Februar 1991, just am Tag der Sowjetarmee, verabschiedete sich das 73. Panzerregiment der 8. Gardearmee von der Garnison Weimar. Eine geschlossene Veranstaltung auf dem eigenen, geflaggten Appellplatz, ohne die Gastgeber und unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Die einzigen Fremden an diesem Morgen waren der Vorsitzende der neu begründeten »Gesellschaft für die Freundschaft mit den Völkern der UdSSR« und ein mit der Unterstützung des Abzugs beauftragter Offizier der Bundeswehr, zu dem die Russen während zahlreicher Festgelage Vertrauen gefasst hatten.

Zum letzten Rapport war das gesamte Panzerregiment angetreten. Das Musikkorps spielte patriotische Märsche, die Texte hatten die Soldaten seit ihrer Einberufung unzählige Male gesungen. Der Regimentskommandeur Juri Martschuk, den man am Tag zuvor, an seinem Geburtstag, zum Oberst befördert hatte, lief im Stechschritt die Front ab. Der starke Wind riss ihm die Mütze vom Kopf, seine Ansprache musste er barhäuptig halten. Seine Worte erinnerten an vergangene Ruhmestaten des vielfach ausgezeichneten Regiments, das nach seiner Rückkehr in die Heimat aufgelöst werden sollte. Auf die Panzer wartete ein Endlager in Sibirien. Als das Kommando zum Vortreten der Fahnenabordnungen ertönte, verlor der Befehlshaber die Fassung, ihm liefen Tränen über das Gesicht. Die Fahnenträger marschierten unter den Klängen des Korps zur Ehrentribüne. Martschuk kniete vor die Truppenfahne und verabschiedete sie aus dem Regiment: Die Fahne, erinnerte er, sei immer ein »Symbol von soldatischer Ehre, Tapferkeit und Heldenruhm« gewesen. Sie gemahne jeden Soldaten, Unteroffizier und General an seine heilige Pflicht,

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

der sowjetischen Heimat treu zu dienen, sie tapfer und geschickt zu verteidigen und um jeden Fußbreit heimischen Bodens zu kämpfen, ohne dabei Blut und Leben zu schonen. Jeder Einzelne sei verpflichtet, die Fahne im Kampf mutig und tapfer zu verteidigen und nicht zuzulassen, dass sie in die Hände des Feindes fiel. Wo der Feind stand, wusste man trotz der Politik der Versöhnung mit dem Westen nur zu genau. Das Regiment hatte im Rahmen der sowjetischen Truppendislozierung jahrzehntelang die vorgeschobene Verteidigungsflanke des Ostblocks gestellt und war damit unmittelbarer Konterpart des gefürchteten Gegners gewesen. Im Ernstfall hätte die 8. Gardearmee einen Angriff der NATO-Streitkräfte abzuwehren gehabt, sie wusste sich all die Jahre an vorderster Front.

Am darauf folgenden Tag verließ das erste Bataillon des Panzerregiments seinen Stationierungsort Weimar. Kaum ein Einheimischer zeigte Interesse am Aufbruch des Vorauskommandos. Die Güterwaggons waren mit Doppelstock-Holzpritschen und Strohballen ausgestattet, in der Mitte ein Kanonenofen mit Kochtopf. Der Proviant für die ersten Heimkehrer bestand aus Kartoffeln und Kastenbrot, Tee und eingelegten Gurken.[1]

Eineinhalb Jahre später, am 21. November 1992, fand auf demselben Bahnsteig die *offizielle* Verabschiedung der letzten Streitkräfte aus Thüringen statt. Weder Oberst Juri Martschuk noch Generalmajor Wassili P. Sosedow, Erster Stellvertreter des Kommandeurs der 8. Gardearmee, die an jenem Februartag noch zum letzten Appell geblasen hatten, nahmen am von deutschen Behörden organisierten Abschiedszeremoniell teil. Am Abend zuvor hatte Sosedow zwar einen letzten Empfang im Haus der Offiziere im Armeestab Nohra gegeben, bei dem auch der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Generaloberst Matwej P. Burlakow, anwesend gewesen war. Noch in derselben Nacht aber war er nach Moskau geflogen, aus dringenden dienstlichen Gründen, hieß es. Die offizielle Abschiedsrede am nächsten Morgen hielt irgendein Stellvertreter, niemand der deutschen Verantwortlichen kannte ihn näher. Die hohen Militärs entzogen sich dem ihnen zugedachten Auftritt. Nur zu genau noch erinnerten sie sich an die empfundene Schmach in der benachbarten sächsischen Landeshauptstadt drei Monate zuvor.

Affront in Dresden

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung der 1. Gardearmee in Dresden erreichte das Thüringer Innenministerium im August 1992 auf eine Anfrage hin folgendes Schreiben: »Mit Rücksicht auf eine möglicherweise empfindliche Reaktion der NATO-Bündnispartner ist der Bund bestrebt, seine Repräsentanz bei derartigen Feiern möglichst weit herunterzufahren. Der Bundesminister der Verteidigung würde deshalb eine Einladung von Ministerpräsident Vogel

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

[darum ging es in der Anfrage, S. S.] zur Verabschiedung der 8. Gardearmee nicht annehmen.«[2] So, erfuhren die Thüringer Beamten, habe Verteidigungsminister Volker Rühe auch im Fall Dresden entschieden.

Die zitierte Feier vom 18. August 1992 in Dresden war einem Affront gegenüber den in Sachsen stationierten sowjetischen Truppen gleichgekommen. Daran änderten auch die beschwörenden Abschiedsworte des sowjetischen Befehlshabers an seine Truppen nicht viel, die in der Hauptsache Verdienste der Vergangenheit rühmten:

> Die Geschichte der Armee ist untrennbar mit der siegreichen Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Europa durch die Truppen der Alliierten verbunden. Entsprechend den Beschlüssen der Konferenzen der Siegermächte von Jalta und Potsdam verblieb die 1. Gardepanzerarmee auf dem Territorium des besiegten Reiches, um am Prozess der Sicherung eines zuverlässigen Friedens teilzunehmen. Somit erwiesen sich die Militärangehörigen der Armee nicht zufällig und nicht auf eigenen Wunsch auf dem Territorium Deutschlands. Jeder Schritt zum Sieg wurde mit einem unwahrscheinlich hohen Preis bezahlt.[3]

Die Nachkriegsgenerationen der Garde-Kämpfer, führte der hohe Offizier weiter aus, hatten die Kampftraditionen der älteren Generationen bewahrt und gemehrt. Immer noch sei die Armee eine mächtige Kraft – Kampftechnik und Bewaffnung befänden sich nach wie vor in zuverlässigen Händen der Kämpfer und Patrioten des Vaterlandes. »Wir kehren mit dem Bewußtsein einer erfüllten Pflicht heim. Aber hier in Sachsen verbleiben werden hunderte Gräber unserer Landsleute.«[4]

Die deutschen Amtsträger indes schlugen an diesem Sommertag 1992 einen gänzlich anderen Ton an. Der Oberbürgermeister von Dresden sprach von einem Abzug, der »uns nicht mit Trauer erfüllt«. Noch deutlicher wurde Sachsens Umweltminister Arnold Vaatz, so dass der russische Dolmetscher ganze Passagen der Rede des Vertreters von Ministerpräsident Kurt Biedenkopf weglassen musste. Als Finanzminister Georg Milbradt gar über den Wandel von Besatzungstruppen über Garanten einer nach sowjetischem Vorbild errichteten DDR zu so genannten Gaststreitkräften philosophierte, hatten die anwesenden Militärs Mühe, Haltung zu wahren. Die abschließend geplante Kranzniederlegung war bereits im Vorfeld hart kritisiert worden: Nach dem Willen der Landes- und Kommunalpolitiker sollte nämlich nicht nur der sowjetischen Weltkriegsopfer gedacht werden, sondern auch der gefallenen deutschen Soldaten. Das Oberkommando der 1. Gardepanzerarmee weigerte sich, an einem mit dem Eisernen Kreuz versehenen Holzobelisken Kränze niederzulegen. Dies, so argumentierten die Militärs, könne man den anwesenden sowjetischen Kriegsveteranen wahrlich nicht zumuten.[5]

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

Abschied aus Berlin

In zahlreichen Details äußerte sich die fehlende gegenseitige Wertschätzung der russischen und deutschen Vertragspartner, wenngleich man dieser Tatsache auf beiden Seiten in jenem Herbst 1992 noch mit höflicher Zurückhaltung begegnete. Zwei Jahre später, im Vorfeld der zentralen Abzugsveranstaltungen in Berlin am 31. August 1994, wurde mit offenen Karten gespielt. Nachdem es in der Presse zu ersten Gerüchten über getrennte Verabschiedungen der Alliierten gekommen war, meldete sich der Oberbefehlshaber der Westgruppe, Generaloberst Matwej P. Burlakow, im Frühjahr 1994 öffentlich zu Wort. Er forderte eine *gemeinsame* Abschiedsparade der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges in Berlin. Der Drei-Sterne-General war 1990 mit dem Oberkommando in Wünsdorf betraut worden, um von dort aus den bevorstehenden Abzug der Armee zu überwachen.

Die Bundesregierung ließ sich von den grollenden Worten des hohen Militärs nicht schrecken und hielt zunächst an ihrer Absicht fest, die offizielle Verabschiedung der russischen Truppen in einem Festakt Ende August in Weimar zu begehen. Ein Plan, der Burlakow vollkommen abwegig erschien: »In der Nähe von Weimar ist das KZ Buchenwald. Es wäre eine Lästerung, an dieser Stelle zu tanzen.«[6] Ein Festakt in der Klassikerprovinz machte nach Meinung des Generals auch deshalb wenig Sinn, weil der letzte Soldat bereits zwei Jahre zuvor von dort abgezogen worden war. Man hätte Soldaten Komparsen gleich herbeischaffen müssen. Vor allem die zum Teil schon gebrechlichen Kriegsveteranen wären zu einem Umweg gezwungen gewesen. Überhaupt hatte der Zweite Weltkrieg nicht in Weimar, sondern in Berlin geendet. Mit Blick auf die große Zahl eigener Opfer waren die vom Westen kommunizierten Verbrechen der Sowjetarmee im Zusammenhang mit der Berlin-Blockade 1948/49 für Burlakow kein stichhaltiges Argument gegen eine gemeinsame Feier. Wenn man schon mit Zahlen argumentiere, dann müsse man auch den 22. Juni 1941 und den 8. Mai 1945 berücksichtigen. »Nicht dieses Datum [die Berlin-Blockade, S. S.] war der Anfang«, widersprach der Offizier, »das wichtigste Anfangsdatum war 1941. Dieses brachte mehr als 30 Millionen Menschen den Tod.«[7]

Hier die Abschiedsfeier für die drei Westalliierten – dort eine Separatveranstaltung für »die Russen«? Nicht nur der Oberbefehlshaber versuchte, seinen Standpunkt in der Öffentlichkeit zu verteidigen; das gesamte russische Offizierskorps begann nun, Front gegen eine separate Verabschiedung in der Provinz zu machen. Das Militär wie auch die russischen Medien verstanden den Vorschlag einer getrennten, dezentralen Feier als Abschiebe- und nicht als Abschiedsfeierlichkeit und brachten die eigene wie teilweise auch die ostdeutsche Bevölkerung gegen die vermeintliche Zurücksetzung auf.

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

Solche Gemütswallungen aber wollte zumindest die Regierung des geeinten Deutschlands mit allen Mitteln verhindern – nicht zuletzt auch in Erwartung der im Herbst 1994 anstehenden Bundestagswahl. Doch ehe sich die Bonner Politiker versahen, geriet die Forderung nach einem »Abschied in Würde« auch in die deutsche öffentliche Diskussion. Der Theologe und Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer forderte in seiner »Rede über Deutschland« im Nationaltheater Weimar eine gemeinsame Verabschiedung der Alliierten und auch die Spitzenkandidaten der ostdeutschen SPD wandten sich gegen eine »Feier zweiter Klasse« für die russischen Streitkräfte. Anlässlich eines Treffens in Magdeburg am 8. Mai 1994 mahnten sie: »Wir halten die gesonderte und zweitrangige Verabschiedung der Roten Armee für unangemessen, ja für demütigend.« Eine Zeremonie, die »Würde und Stolz der ehemaligen Siegermacht«[8] nicht verletze, sei die einzig denkbare Lösung.

So kam Präsident Boris Jelzin nebst seinem Verteidigungsminister Pawel Gratschow am 11. Mai 1994 persönlich nach Bonn gereist, hinsichtlich der Modalitäten des Abschieds war seiner Meinung nach das letzte Wort noch nicht gesprochen. Burlakows scharfe Worte hatten sich nämlich nicht allein an die Bonner Abzugsbeauftragten gerichtet, sondern ebenso anklagend an die Führung in Moskau. Im Zeichen hoher Instabilität im eigenen Land und angesichts einer Armee, die nach einem enormen Statusverlust dringend einer moralischen Bestätigung bedurfte, wäre auch Jelzin eine beeindruckende gemeinsame Parade der Vier Mächte höchst willkommen gewesen. Wobei er selbst noch keinen rechten Plan vorzuweisen hatte: Vorstellbar, meinte er in Bonn vorsichtig, sei eine Zeremonie auf dem Berliner Gendarmenmarkt, zwischen Französischem und Deutschem Dom mit Schinkels Schauspielhaus im Rücken – Russen, Amerikaner, Briten, Franzosen gemeinsam mit der Bundeswehr. Ohne Waffen, dafür mit Musik.

Für Washington, London und Paris kam eine gemeinsame Verabschiedung nicht in Frage. Zwar forderte man selbst einen großen Auftritt, aber eben nicht zusammen mit den Russen. Sich dem Druck der militärischen Verbündeten beugend, verzichtete die Bundesregierung nun auch auf ihre ursprüngliche Absicht, den Abschied der Berliner Truppen mit einem schlichten Zapfenstreich vor dem Schöneberger Rathaus zu feiern. Statt dessen wurden die Truppen der Westalliierten mit großem Zeremoniell nach Hause geschickt: mit Aufmärschen, Militärmusik und Flaggenparaden. »Wir wollen unseren Freunden mit Anstand und Würde Lebwohl sagen«, begrüßte der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen den Sinneswandel. »In Berlin gehören die Militärparaden der Alliierten schließlich zur Tradition.«[9] Dass diese Tradition nicht allein eine westdeutsche war und dass so mancher Ost-Berliner bei diesen Worten durchaus auch die Russen im Blick hatte, blieb ohne Belang. Während die Irritationen zwischen der Bundesregierung und den West-Alliierten nun weitgehend beigelegt waren, kam man mit Moskau nicht so schnell überein.

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

»Für die Russen sind die Streitkräfte im Osten Deutschlands die Sieger über den Hitler-Faschismus. Im russischen Bewusstsein ist noch gegenwärtig, welch immense Opfer die Zurückschlagung des deutschen Angriffs und der Sieg gekostet haben: 26 Millionen Tote, von den ungeheuren Zerstörungen gar nicht zu reden«, mahnte der Leiter des Moskauer Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung, Falk Bomsdorf, im März 1994.[10]

Nach dem Besuch Jelzins im Mai erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl die Angelegenheit zur Chefsache. Mitte Juni lag das Kohlsche Konzept im Kreml vor, allerdings barg auch der neuerliche Vorstoß in den Augen der Russen etliche Zumutungen. Zwar sollte der Abschied am 31. August nun doch in Berlin stattfinden, die von Matwej Burlakow in Moskau vorschnell angekündigte Militärparade jedoch fand in dem Bonner Vorschlag ebenso wenig Berücksichtigung wie eine von Verteidigungsminister Gratschow geforderte feierliche Sitzung im Reichstag. Statt dessen schlug Kohl vor, Jelzin zur Neuen Wache zu begleiten, zur Zentralen Gedenkstätte des wiedervereinten Deutschlands. Dort solle am Tage der Verabschiedung sowohl der Toten des Zweiten Weltkrieges gedacht werden als auch der »Opfer von Gewaltherrschaft, Vertreibung und totalitärer Diktatur nach 1945«.[11] Die Rede Jelzins beim Staatsakt auf dem Gendarmenmarkt dürfe sich zudem weniger auf die Vergangenheit als auf die Zukunft der Beziehungen beider Länder konzentrieren. Für eine öffentliche Besinnung auf die Verbrechen Deutschlands gegen das sowjetische Volk ließ die Kohl-Konzeption keinen Raum, trotzdem erklärte sich Jelzin einverstanden.

Nur folgerichtig schien es dann, dass der letzte Gedenkappell am Treptower Ehrenmal weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, obwohl Jelzin und Burlakow keinen Zweifel daran gelassen hatten, dass ihnen gerade dieses Ritual zu Ehren der Gefallenen des Großen Vaterländischen Krieges besonders am Herzen lag.

Während in Bonn die Verabschiedung der russischen Streitkräfte auf Sparflamme gekocht wurde, bereitete eine Sonderkommission in Moskau zum Empfang der heimkehrenden Helden ein Volksfest vor. Während der ersten drei Tage im September sollten die neun Millionen Hauptstädter die Rückkehr der Berliner Einheiten auf die gleiche Weise feiern, »wie einst im Siegerjahr 1945« die ruhmreiche Rote Armee. Truppenteile aller Waffengattungen sollten aufmarschieren, begleitet von Feuerwerk und Musik. Damit wäre der »von bestimmten Kräften verlautete Ruch des psychologischen Verlierers wieder reingewaschen«, denn »solange wir uns nicht selbst erniedrigen, hat uns niemand besiegt.«[12]

Am 31. August 1994, einem sengend heißen Sommertag, verabschiedeten Präsident Boris Jelzin und Bundeskanzler Helmut Kohl die letzten russischen Besatzungstruppen aus Deutschland. Während die beiden Repräsentanten ihrer Völker an den sechzehn Sarkophagen des Sowjetischen Ehrenmales im Treptower Park defilierten, erklang Trauermusik. Das Wachbataillon der Bun-

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

deswehr und eine Ehrenformation der russischen Berlin-Brigade hatten sich im Spalier vor dem Monument des Unbekannten Soldaten aufgestellt. Die strenge Marschordnung geriet allerdings schnell außer Takt, legten doch die tausend Mann der Westgruppe, anders als ihre Bundeswehrkameraden, die gesamte Strecke zum Denkmal im Stechschritt zurück. Die jungen Männer waren vor Monaten speziell ausgewählt worden, um dieses Abschiedszeremoniell ehrenvoll zu bewältigen.

Am Ende der Feierlichkeiten stand eine letzte Meldung des Oberbefehlshabers der Westgruppe an seinen obersten Dienstherrn, den russischen Präsidenten Boris Jelzin:

> Ich melde, der zwischenstaatliche Vertrag über die Bedingungen des begrenzten Aufenthaltes und der Modalitäten des planmäßigen Abzugs der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ist erfüllt. In drei Jahren und acht Monaten sind nach Russland und den anderen GUS-Staaten abgezogen worden: die Führung der Westgruppe, sechs Armeen bestehend aus 22 Divisionen, 49 Brigaden und 42 selbständigen Regimentern. […] Die zwischenstaatliche strategische Operation des Abzugs der Westgruppe der Truppen ist beendet. Der moralische Zustand des Personals ist gesund. Das gesamte Personal ist nach Russland abgezogen worden und ist bereit, weitere Aufgaben zu erfüllen. Die Meldung ist beendet.[13]

Am Tag darauf verließ der letzte Zug den Bahnhof Berlin-Lichtenberg, von wo aus jahrzehntelang die Reisezüge in Richtung Osteuropa abgefahren waren. Zwei Militärkapellen spielten Soldatenmärsche, dann auch die »Berliner Luft«; zwei Bürgermeister, der Berliner und der Moskauer, hielten Ansprachen. Mancher Einheimische war gekommen und winkte nun mit russischen Fähnchen, den Soldaten hatte man deutsche Wimpel in die Hand gedrückt. Es kam zu Umarmungen im Gedränge des Bahnsteigs, Erinnerungsfotos wurden getauscht, dann bat eine Lautsprecherstimme die »sehr verehrten Reisenden«, sie sollten nun in den Sonderzug nach Moskau steigen. Laut rief der General letzte Befehle, die Soldaten drängten sich in die Waggons, die Offiziere umarmten Bekannte und Freunde. Um Viertel vor Eins rollte der Zug an, einige wenige Offiziere verweilten noch einen Augenblick auf den Trittbrettern und winkten.[14]

Zurück blieben neben den riesigen exterritorialen Militärarealen inmitten und an den Rändern der Städte auch Tausende herrenlose Katzen und Hunde, die bisher im Umfeld der Kasernen gelebt hatten. Deutsche Tierschützer sprachen von etwa 10.000 Tieren. Die Behörden vor Ort forderten die Bundesregierung unmittelbar nach dem Abzug zum sofortigen Handeln auf, allerdings ohne Erfolg. Die Bitte des Potsdamer Landwirtschaftsministeriums um Finanzhilfe wies Bundesfinanzminister Theo Waigel mit der Begründung zurück: »Bei den von der Westgruppe zurückgelassenen Haustieren handelt es sich rechtlich nicht um Eigentum des Bundes.«[15]

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

Ankunft in Moskau

Die Straße vom Belorussischen Bahnhof zu den Kreml-Mauern säumten euphorische Willkommensgrüße: »Ruhm den Kriegern Russlands« und »Die Kämpfer der Westgruppe erfüllten ihre Pflicht in Ehren«.[16] Dabei war auch hier heftig gestritten worden, ob die Heimkehrer aus Berlin jenen Weg durch die Hauptstadt nehmen sollten, auf dem im Sommer 1945 schon ihre Großväter zur Siegesparade auf den Roten Platz marschiert waren. Entgegen dem Vorschlag seiner Berater wollte Boris Jelzin die Truppen aus Berlin demonstrativ auszeichnen. So wurde der kurz vor seiner Pensionierung stehende Generaloberst Matwej Burlakow unmittelbar nach seiner Rückkehr zum stellvertretenden Verteidigungsminister ernannt. Doch gerade den scheidenden Oberbefehlshaber, unter dessen Ägide ein kaum zu überbietender illegaler Ausverkauf von Waffen, Munition und Gerät begonnen hatte, wollte sich die Mehrheit der jüngeren Offiziere nicht zum Vorbild nehmen. Die gezwungen klingenden Worte Jelzins von der neuen Freundschaft mit jenen Völkern, welche die im Felde stets unbesiegte Armee jetzt verlassen musste, taugten kaum, das Gefühl der Demütigung zu lindern, das ihre Offiziere beim Abzug empfunden hatten. In Deutschland war es ihnen versagt geblieben, gemeinsam mit den einstigen Kriegsalliierten aufzutreten, in Estland war das feierliche Einholen der Flagge verhindert worden und in Tallin läuteten gar die Kirchenglocken die Nachhut aus dem Lande.

Auch die einheimische Presse ließ kaum Milde walten: So kommentierte die Komsomolskaja Pravda unter der Überschrift »Hans und Gretchen, weinend vor Glück, verabschieden den russischen Iwan« die ihrer Meinung nach allzu versöhnliche Ansprache Jelzins ironisch: »Niemand hat in diesem Krieg, dem vergangenen Krieg, verloren, weder das deutsche Volk noch Russland. Leider haben das faschistische Regime und Hitler uns diesen Krieg aufgezwungen, und wir mussten uns vor diesem Überfall schützen. Daran ist das deutsche Volk natürlich nicht Schuld und wir werden ihm dies niemals vorwerfen.«[17] Die nationalistisch-kommunistische Sovetskaja Rossija fragte: »Was hätte Shukow dazu gesagt?« Mit der letzten Parade in Berlin sei »die Stunde des Triumphes für Helmut Kohl« gekommen und »die Stunde der Erniedrigung für Boris Jelzin und für das Land, das er vertritt«.[18] Da half es kaum noch, dass die Izvestija versöhnlich schrieb: »Sie haben den Mut gefunden zu gehen. Sie gingen nicht aus Angst vor fremder Gewalt. Unser nuklearer Raketenknüppel vermag auch heute noch, jeden in Schrecken zu versetzen. Unsere Streitkräfte gehen, weil sie in der Lage sind zu verstehen, dass nicht alle Schwierigkeiten mit Gewalt zu lösen sind.«[19]

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

Politische Chronik des Abzugs

Der Abzugsvertrag vom Oktober 1990, eine Ergänzung zum unmittelbar zuvor beschlossenen Zwei-plus-Vier-Abkommen, hatte erste Details zu den Modalitäten der Heimkehr der sowjetischen Truppen bis Ende 1994 festgelegt.

Als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht war Deutschland von den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition vollständig besetzt worden. In der »Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands« vom 5. Juni 1945 sowie in den Potsdamer Beschlüssen vom August 1945 hatten die Vier Mächte das künftig für Deutschland und für Berlin geltende Regelwerk bestimmt. Im Laufe des Kalten Krieges war es 1949 zur Spaltung Deutschlands und zur Gründung der beiden deutschen Staaten gekommen. Anfang Mai 1955 war die Bundesrepublik Deutschland Mitglied der NATO geworden und die Deutsche Demokratische Republik der Warschauer Vertragsorganisation beigetreten. Mit den ebenfalls im Mai in Kraft gesetzten Pariser Verträgen hatte die Bundesrepublik die staatliche Souveränität erhalten; die DDR erhielt ihre Souveränität durch den Staatsvertrag vom September 1955.

Von der Übertragung des Selbstbestimmungsrechtes seitens der Siegermächte an die beiden deutschen Staaten unberührt blieben damals die Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten für Deutschland als Ganzes und für Berlin. Diese Rechte und Verantwortlichkeiten erloschen nun mit dem »Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland« vom 12. September 1990.[20] Dieser legte nicht nur deren ersatzlose Ablösung fest, sondern auch eine künftige Zugehörigkeit Deutschlands zur NATO, was schließlich den Abzug aller sowjetischen Streitkräfte bis zum 31. August 1994 zur Folge hatte.[21]

Bereits seit Sommer 1990 berieten deutsche Bundes- und Landesbehörden die Westgruppe in zentralen Fragen des Aufenthaltes und des Abzugs, schließlich mussten sich die Streitkräfte nicht nur in veränderten politischen und wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und administrativen Verhältnissen in Deutschland zurechtfinden, sondern auch die enormen logistischen Herausforderungen des Abzugs bewältigen.[22]

Am 12. Oktober 1990 wurde der »Vertrag über die Bedingungen des befristeten Aufenthalts und die Modalitäten des planmäßigen Abzugs sowjetischer Streitkräfte vom Gebiet der Bundesrepublik Deutschland« unterzeichnet. Auch wenn der Wortlaut des Vertrages dem Stationierungsabkommen von 1957 in vielen Punkten ähnelte, veränderte er doch grundlegend die rechtlichen und politisch-psychologischen Bedingungen der Stationierung. Die bis dahin praktizierte Gemengelage aus Relikten der Besatzungszeit und aus Rechten

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

des Warschauer Vertrags wurden nun abgelöst durch den Status einer Armee, die auf dem Territorium eines *Partner*landes stationiert war. Damit ging einher, dass alle Militäreinrichtungen ihrer bisherigen Exterritorialität verlustig gingen.

Forderungen und Herausforderungen

Die »sanften Revolutionen«[23] in Osteuropa hatten die europäische Sicherheitspolitik seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre in hohem Maße verändert. Die Auflösung der Blöcke und der Warschauer Vertragsstrukturen machten strategische Planungen und Vorgaben auch für die sowjetischen Streitkräfte hinfällig. Hinzu kam, dass die Gorbatschow-Regierung aufgrund andauernder wirtschaftlicher Misserfolge stetig an Glaubwürdigkeit innerhalb der Bevölkerung einbüßte. Die angekündigten politischen Reformen auf Unionsebene begannen zu stagnieren, während sich in den Republiken demokratische Bewegungen mit einem starken Unabhängigkeitswillen durchsetzten.

Die raschen und tief greifenden Veränderungen des politischen Systems wie auch der gesellschaftlichen Umstände trafen das Militär in besonderem Maße.[24] Im Rahmen von Reformdebatten suchte es nach neuen sicherheitspolitischen und strategischen Konzepten, diskutierte eine angepasste Wehrverfassung und stellte das bewährte Verhältnis zur Politik in Frage. Die in Wien und Paris im November 1990 unterzeichneten Abkommen der KSZE forderten überdies innerhalb von vierzig Monaten eine deutliche Reduzierung der Rüstung. Die Gefahr eines Überraschungsangriffs sollte so gesenkt und die strategische Stabilität gestärkt werden.[25]

Dieser Vertrag wie auch die Veränderung der Kräfteverhältnisse in Europa nach der Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation verlangten ultimativ nach einer Neuformulierung der Moskauer Militärdoktrin. Zwar galten die seit 1987 entwickelten Reformideen von einer »vernünftigen Hinlänglichkeit für Verteidigung«[26] und einer grundsätzlich defensiven Orientierung weiter, doch musste die neue Doktrin an die veränderte Sicherheitslage angepasst werden. Wobei die Frage, ob die sowjetische Militärmacht in der bisherigen Form überhaupt erhalten bleiben sollte, im Mittelpunkt aller Debatten stand.

Unabhängig von solchen grundsätzlichen politischen Infragestellungen arbeitete die Führung der Streitkräfte an einer *internen* Strukturreform mit doppelter Zielsetzung: Einerseits sollten die Kräfte an die nun geltenden defensiven Grundsätze angepasst werden, andererseits musste die Armee Potentiale hinzugewinnen, so dass sie ihren Verteidigungsauftrag künftig auch mit einer geringeren Zahl von Soldaten und Waffen erfüllen konnte. Das Verteidigungsministerium und mit ihr die konservativen Militärs versuchten mit

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

aller Macht, die Streitkräfte zwar neu zu gliedern, die bewährte Form jedoch beizubehalten. Vertreter einer jüngeren Generation von Offizieren hingegen plädierten für grundlegende Veränderungen der Wehrverfassung, sie forderten eine tief greifende Reform *innerhalb* der Armee.

Damit nicht genug, mussten auch die Beziehungen zwischen Zentrale und Republiken in Wehrfragen neu festgelegt werden. Hier existierten in Gestalt lokaler Selbstschutzwehren beziehungsweise paramilitärischer Verbände bereits Alternativen zum Gewaltmonopol der Unionsregierung. Zumindest wollten die Republiken nunmehr in Fragen der Verteidigung mitreden.

Erschwerend für all diese Reformvorhaben wirkte sich die Tatsache aus, dass die im Haushalt festgelegten Verteidigungsausgaben für eine grundlegende Modernisierung der Streitkräfte nicht ausreichten. Durch Preissteigerungen, Wirtschaftskrisen und zusätzliche Belastungen wie Truppenabzüge konnte der Status quo kaum noch aufrechterhalten, geschweige denn einer prekären Zukunft angepasst werden.

Die zum großen Teil öffentlich ausgetragenen Dispute wirkten sich selbstredend auch auf die innere Verfassung der Westgruppe aus. Das Militär, besonders aber das Offizierskorps, verlor rapide an Akzeptanz und Ansehen. Die Bildung eigener Armeen in den GUS-Republiken Anfang der neunziger Jahre[27] sowie die Reduzierung der Truppenstärke führten auch zu Unsicherheiten über die beruflichen Perspektiven der Offiziere.[28] Tatsächlich befanden sich diese in einer misslichen Lage: Einerseits bedeutete ihr Aufenthalt in Deutschland einen wirtschaftlichen Vorteil, um den man sie zu Hause beneidete. Andererseits standen sie unter dem Druck, schnellstmöglich zurückzukehren, um bei der Vergabe von attraktiven Dienstposten beim Neuaufbau der Armee nicht zu spät zu kommen. Zudem hatte ihr Selbstwertgefühl deutlich durch die Erkenntnis gelitten, im Gastgeberland weniger denn je als Befreier und »Sieger über den Faschismus« betrachtet zu werden, sondern nur noch als unwillig geduldete Fremde.

In dieser Zeit gesellschaftlicher Neuorientierungen bemühten sich die Militärführungen in Moskau und Wünsdorf, der radikalen Auflösung des soldatischen Wertesystems durch neue politische Sinnstiftungen entgegen zu wirken. Ebenso wie in der Sowjetunion wurden nach dem Putsch im August 1991 auch in der Westgruppe sämtliche Aktivitäten der Kommunistischen Partei untersagt.[29] Sämtliche Politorgane und Parteiorganisationen lösten sich auf; Politoffiziere wurden innerhalb kürzester Zeit zu modernen Volksbildnern umgeschult. Für die reformierte ideologische Schulung der Soldaten setzte man sie nun als so genannte Gehilfen der Kommandeure für die psychologisch-moralische Erziehung und Kampfausbildung ein. Die Einrichtung eines zeitgemäßen »Erziehungssystems« ohne analoge Strukturen in Staat und Gesellschaft führte jedoch nicht zum erhofften Umdenken in den Köpfen der Soldaten. Verletzungen der Disziplin innerhalb der Truppen blieben an der

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

Tagesordnung: Rekruten wurden weiterhin repressiven Maßnahmen »älterer« Dienstgrade ausgesetzt, Nationalitätenkonflikte zwischen den ethnischen Gruppen nahmen mit dem Auseinanderfall der Sowjetunion noch zu.

Alltag des Abzugs

Auch bei den Berufssoldaten machte sich vermehrt Unsicherheit über die Entwicklung im Heimatland und über die eigene Zukunft bemerkbar. Die Truppenkommandeure sahen sich mit ganz neuen Problemen konfrontiert, wobei die von der Führung geforderte harte Hand nur selten zum Erfolg führte, was sich vor allem in einem rapiden Anstieg der Straftaten bemerkbar machte.[30] Stabilisierend auf die innere Lage der Truppen wirkte sich aus, dass die Gehälter bis zum Abzug in Deutscher Mark gezahlt wurden und man sich durch die Einzahlung von Devisen in einen Fonds zur Finanzierung von Wohnungen einen Anspruch sichern oder aber im Stationierungsland langlebige, qualitativ hochwertige Waren kaufen konnte. Was für die Stimmung innerhalb der Truppe von Vorteil zu sein schien, zeitigte allerdings auch negative Folgen: So versuchten Militärangehörige auf gesetzlichem wie ungesetzlichem Wege, möglichst schnell an viel Geld zu kommen. Soldaten verkauften tagsüber an den Straßenecken Zigaretten oder musizierten für Geld in den Stadtzentren. Im Rahmen der Militärhandelsorganisationen entwickelten sich mafiaähnliche Strukturen.

Aufgrund zunehmender Vorkommnisse in den Kasernen, aufgrund von Fahnenfluchten, Waffendiebstählen sowie allgemeiner Disziplinlosigkeit wurde Boris Snetkow im Dezember 1990 per Präsidentenerlass durch Matwej Burlakow als Oberkommandierender abgelöst. Der hoch dotierte Militär war nicht mehr Herr der eskalierenden Lage gewesen.[31]

Am rapiden öffentlichen Ansehensverlust der in Deutschland stationierten Streitkräfte hatten auch deutsche Organisationen ihren Anteil, selbst wenn diese in bestem Sinne handelten. Unter dem Motto »Ihr Hilfspaket für einen Sowjetsoldaten in Thüringen« etwa hatte der Vorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz Ende Dezember 1990 zu einer Spendenaktion aufgerufen. Die Sammlung zum russisch-orthodoxen Weihnachtsfest am 7. Januar sollte den Organisatoren zufolge Feindbilder abbauen und der Völkerverständigung dienen: »Jeder russische Soldat, dem wir helfen, wird nach seiner Rückkehr ein Botschafter des demokratischen Deutschland sein.«[32] So versäumte man auch nicht anzumahnen, dass angesichts der Not sowjetischer Soldaten in den östlichen Bundesländern jene Hilfsbereitschaft nicht vergessen werden sollte, die die Deutschen nach dem Krieg durch die Care-Pakete der Amerikaner erfuhren. Es fehle den Sowjets an Grundnahrungsmitteln, viele müssten hungern, suchten in Abfalltonnen nach etwas Essbarem, verkauften Ausrüstungs-

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

gegenstände, um sich Obst zu kaufen. Die Menschen fühlten sich in ihrem Bild von den unterprivilegierten, hilflosen Nachbarn im Osten bestätigt und packten 25.000 Weihnachtspakete.

Die Armeeoberen zeigten sich über solche Aktionen nicht erfreut. Zwar war es trotz der Arbeit deutscher Beratergruppen in den ersten Monaten nach der Währungsumstellung zu Versorgungsengpässen gekommen. Dass Wehrdienstleistende jedoch gezwungen waren, in bundesdeutschem Hausmüll zu wühlen um nicht zu verhungern, war fern der alltäglichen Wirklichkeit. Und so kam die gute Miene, die man bei der deklassierenden Übergabe der neuerlichen Care-Pakete machen musste, so manchem Kommandeur vor Ort sehr schmerzlich an.

Die unvorbereitete Begegnung mit westlichem Konsum, mit westlicher Lebensart überhaupt, führte bei einem Teil der Militärs zu schwerwiegenden psychologischen Folgen. Der Zusammenbruch ideologischer Leitbilder, die Aussöhnung mit dem Westen und die in den Massenmedien gefeierte Transformation Deutschlands zu einem bewunderungswürdigen Hort der Demokratie und Prosperität forderten die Angehörigen der Streitkräfte nach einer anfänglichen Lähmung heraus, den zeitlich begrenzten Aufenthalt in Deutschland maximal zu nutzen, um sich für die erlittenen Entbehrungen der Vergangenheit und die erwartbaren Einbußen in der Zukunft zu entschädigen.

Zwischen den Fronten

Mancher Militär musste sich nach 1989 zwischen der Rückkehr in die von Krisen geschüttelte Heimat und einer möglichen Flucht in die Fremde einer westlichen Wohlfahrtsgesellschaft entscheiden. Es sei eine schwierige Wahl, schrieb die Krasnaja Zvezda, denn »in Deutschland sieht der Offizier den Glanz der Mercedes-Limousinen, während am nächsten Einsatzort hinter dem Baikal eine baufällige Baracke und in Wilna die Rufe ›Okkupant‹« warteten.[33]

Die angesichts der anwachsenden Desertionen nun von der Militärführung erlassenen Maßnahmen waren ebenso bewährt wie zweifelhaft: Verstärkung der »politisch-patriotischen Erziehung« hieß die alte, neue Wunderwaffe der Führung, sich Loyalität zu ertrotzen. Dazu gehörten auch die vorzeitige Abschiebung von auffälligen Soldaten in die Heimat sowie »Sondermaßnahmen« des sowjetischen Geheimdienstes, obwohl es diesen in den Reihen der Armee offiziell gar nicht mehr geben sollte. Agenten durchkämmten Asylbewerberheime, spürten Abtrünnige auf, bedrohten und verhafteten sie.[34] Sowjetische Armeezeitungen berichteten regelmäßig über die Aussichtslosigkeit von Fluchtversuchen; Propaganda, die an der Wahrheit nicht gänzlich vorbeiging: So hatten die Vertreter der sowjetischen Hauptstaatsanwaltschaft anlässlich eines Besuches in der westdeutschen Botschaft in Moskau im August 1990

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

auch zur Fluchtproblematik Stellung genommen. Die Staatsanwälte gaben den Statthaltern vor Ort zu verstehen, dass die in der DDR eingespielte Zusammenarbeit in Bezug auf Desertionen auch weiterhin praktiziert werde sollte. Ihnen wurde seitens des Botschaftsvertreters zur Antwort gegeben, dass sowjetische Soldaten ohnehin kein politisches Asyl in Deutschland zu erwarten hätten.[35] Sollte die betreffende Person desertieren, ohne eine weitere Straftat auf deutschem Territorium zu begehen, würde sie unverzüglich an die Sowjetunion ausgeliefert. Allein im Falle, der Fahnenflüchtige verübe eine Straftat gegen deutsche Bürger, würde ihm in der Bundesrepublik der Prozess gemacht werden.[36]

Bis Ende 1991 wurden 241 Asylanträge bei deutschen Behörden verzeichnet.[37] In Wünsdorf ging man insgesamt von etwa tausend Militärpersonen aus, die sich illegal in der Bundesrepublik aufhielten, aber nicht in jedem Fall Antrag auf politisches Asyl stellten. Die Internationale Gemeinschaft für Menschenrechte spricht von etwa 600 Desertionen von Angehörigen der Westgruppe bis 1994.[38] Wie viele Gesuche insgesamt gestellt worden sind und wie vielen davon stattgegeben wurde, lässt sich kaum mehr herausfinden. In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag vom Dezember 1996 erklärte die Bundesregierung, dass sie über keinerlei Statistiken verfüge.[39] Die Brisanz des Problems verstärkte sich noch, nachdem bekannt wurde, dass abgeschobene Fahnenflüchtige in der Russischen Förderation nicht nur aufgrund von Desertion, sondern sogar wegen »Vaterlandsverrates« verurteilt wurden.[40] Als Begründung für dieses harte juristische Vorgehen diente den russischen Militärgerichten die Tatsache, dass die Antragsteller in deutschen Aufnahmeheimen vom Bundesnachrichtendienst sowie von amerikanischen und britischen Auslands-Geheimdiensten befragt worden waren.[41] So sahen die Moskauer Gerichte in vielen Fällen den Verdacht des Geheimnisverrates gegeben.

Die Desertion sowjetischer Soldaten stellte ein schwieriges Problem im beiderseitigen Verhältnis dar. Das Grundgesetz der BRD garantierte jedem fahnenflüchtigen Soldaten das Recht, als politisch Verfolgter Asyl zu beantragen. Wobei sich aus der Fahnenflucht allein noch kein Anspruch auf ein Bleiberecht ergab. Den Soldaten könne man ruhig mitteilen, schlug das Sächsische Innenministerium 1991 vor, dass die betreffenden Gesuche in der Regel abgelehnt und die Antragsteller in die Heimat »abgeschoben« werden würden.[42] Die sowjetischen Militärbehörden betrachteten die Flüchtigen als üble Straftäter, gegen die man, schon um der Disziplin der Truppe willen, besonders hart vorgehen musste. Der brutale Aktivismus des sowjetischen Geheimdienstes schien den deutschen Instanzen allerdings bedenklich, weshalb man die Partner in den Sitzungen der Gemischten Kommission wiederholt zur Zurückhaltung ermahnte.[43] Freilich ohne durchgreifenden Erfolg, denn die ausgesandten Ergreifungstrupps arbeiteten unverdrossen bis zum Abzug der Truppen.

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

Die wohl nicht ganz ernst gemeinten Prophezeiungen des sowjetischen Außenministeriums bewahrheiteten sich allerdings nicht. Dieses soll auf Anfrage eines deutschen Diplomaten nach der Dimension der zu erwartenden Fahnenfluchten die lapidare Antwort gegeben haben: »Rechnen Sie mit allen 380.000.«[44] Zu aussichtslos schienen solche Anträge zu sein, zu wenig gesichert eine Zukunft im fremden Land. Bis 1993 war kein einziges Asylgesuch seitens der Bundesbehörden positiv entschieden worden. Dies sprach sich natürlich auch innerhalb der Truppe herum. Für den Bevollmächtigten der Bundesregierung für den Abzug der Westgruppe, Generalmajor Hartmut Foertsch, ließ sich das Ausbleiben massenhafter Asylgesuche ganz einfach erklären: »Der Russe« lebe »von seiner Mentalität« her lieber in einer »geborgenen Gemeinschaft«. Und diese fand er eben nur in seiner Heimat.[45]

Nachrufe

Neben individuellen Straftaten, begangen von Angehörigen der Westgruppe, erzürnten die Einheimischen vor allem die vielen, unmittelbar vor dem Abzug begangenen Umweltfrevel. Betriebsstoffe wurden vielfach unsachgemäß in Gebrauch genommen respektive entsorgt, Schrott, Siedlungsabfälle und Munition wurden beliebig abgelagert oder gar offen verbrannt. Vier Jahrzehnte lang hatten die Streitkräfte ihren Müll selbst auf die Halden gefahren, seit 1990 jedoch war es nur noch zugelassenen Entsorgungsbetrieben erlaubt, die kommunalen Deponien anzufahren. Diese ungewöhnlichen finanziellen Belastungen wollten beziehungsweise konnten die örtlichen Militärverwaltungen nicht tragen.

Dennoch: Nur ein Bruchteil der Umweltsünden, welche die Ostdeutschen in den Nachwendejahren am meisten ärgerten,[46] war auf die Streitkräfte zurückzuführen. Die Anteile der Westgruppe und der Nationalen Volksarmee machten an der Negativ-Bestandsaufnahme aller Umweltverletzungen, welche die Landesumweltämter erhoben, nur einen vergleichsweise geringen Teil aus. Die Altlasten und die Luftverunreinigung an den Industriestandorten, der Sonderabfall auf Hausmülldeponien, die Überbleibsel eines internationalen Mülltourismus, die Abwassereinleitung in Gewässer durch Industrie, Handel und Gewerbe sowie die illegale Abfallentsorgung besonders in ländlichen Gegenden wogen deutlich schwerer.[47] Doch eine Mehrheit der Ostdeutschen wollte von diesen exorbitanten Verfehlungen im eigenen Verantwortungsbereich nichts wissen. Angeheizt durch reißerische Presseveröffentlichungen,[48] glaubten sie gerne, »die Russen« seien die übelsten aller Umweltsünder und Straftäter. Diese hielten als probate Sündenböcke im wahrsten Sinne des Wortes her: Beladen mit all den negativen physischen und psychischen Hinterlassenschaften des Sozialismus konnte man sie »zum Tor hinaustreiben« – und

© 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 978-3-525-36380-5 — ISBN E-Book: 978-3-647-36380-6

Vandenhoeck & Ruprecht

Vom Einmarsch der Roten Armee 1945 bis zu ihrem Abzug 1994 lebten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR durchschnittlich eine halbe Million sowjetische Soldaten und Zivilbeschäftigte Haus an Haus mit der einheimischen Bevölkerung. Wie sah der gemeinsame deutsch-sowjetische Alltag bis in die neunziger Jahre aus? Silke Satjukow entwirft ein detailliertes Bild des Neben- und Miteinanders von Besatzern und Besetzten, das von politischen Manifestationen deutsch-sowjetischer Freundschaft über die alltägliche Begegnung bis hin zu persönlichen Freundschaften und Liebesbeziehungen reichte.

Die Autorin

Silke Satjukow ist Privatdozentin für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Jena.

ISBN 978-3-525-36380-5

9 783525 363805

www.v-r.de